

schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Dornbirn, P.b.b. GZ 02Z033923 M

Neues Dienstrecht

im Vergleich zum alten Dienstrecht (Stand 2015)

- **Dienstrecht NEU: Wird jetzt alles besser?**
- **Kommt die Modellregion Vorarlberg und wann?**
- **Gymnasium: Aufnahmsprüfungen gegen Platznot?**
- **Rechtfertigen Einsparungen LehrerInnen-Bashing?**

Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir haben die Schlussredaktion der Schulnotizen eine Woche verschoben, um noch auf die Veröffentlichung der Experten zum Thema „**Gemeinsame Schule**“ in Vorarlberg mit einem Bericht reagieren zu können. Fast alle Bildungsexperten und Bildungsgruppen in Vorarlberg freuen sich über die Ankündigung, dass die Einführung der Gemeinsamen Schule in greifbare Nähe gerückt ist. Im Westen also viel Neues.

Der Aufreger der letzten Zeit war die Ankündigung einer österreichischen Zeitung, dass die Lehrverpflichtung der PädagogInnen erhöht werden sollte. Die LehrerInnen sollen **für die Lohnsteuerreform** und die vergessene Vermögenssteuer **bluten**. Willi Schneider, Gerhard Pušnik und Gerhard Unterkofler beschäftigen sich damit.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das **Dienstrecht NEU**, das nun ab nächstem Schuljahr für JunglehrerInnen eine Option ist. Die Entscheidung dürfte nicht schwer fallen, erhalten die jungen KollegInnen im neuen Dienstrecht doch bedeutend mehr Anfangsgehalt und auch die Lebensverdienstsumme ist höher. Gewerkschafter Gerhard Unterkofler hat die Fakten lesbar und verständlich zusammengestellt.

Diese Schulnotizen beinhalten zum ersten Mal keine Berichte von **Armin Roßbacher**, der schwer erkrankt ist und deshalb auch seine Funktion als Personalvertreter momentan nicht ausüben kann. Stellvertreter Gerhard Unterkofler übernimmt in der Zwischenzeit seine Aufgaben. Die Freien LehrerInnen und die Redaktion der Schulnotizen wünschen Armin viel Kraft, um seine Krankheit zu besiegen.

Die Redaktion

- 3 Nadelstiche**
- 4 Vergleich: neues und altes Dienstrecht**
- 10 Gemeinsame Schule wird möglich**
- 12 Bildungs(spar)offensive**
- 14 Inflation der Noten**
- 15 Querbeet**
- 17 Von der Kunst des aufrechten Ganges**
- 18 Zwei-Stunden-Diskussion**
- 19 SLV-Linien**
- 20 Werbeeinschaltung**

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Bernd Dragosits, Gerhard Pušnik,
Thomas Bulant, Willi Schneider,
Willi Witzemann

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

KRITIK AN DER MITTELSCHULE

Und immer wieder gibt es mediale Schläge gegen die Mittelschule. Keine differenzierte Kritik, sondern - wie in Österreich üblich - nur eine Schwarz-Weiß-Malerei. Leider scheinen dabei auch dem grünen Nationalratsabgeordneten Harald Walser, den ich normalerweise sehr schätze, die Pferde durchgegangen zu sein, als er die Mittelschule als eine „bildungspolitische Hypo Alpe Adria“ bezeichnete. Die Mittelschule mit dem größten Kriminalfall der zweiten Republik zu vergleichen ist mehr als unfair. Diese undifferenzierte Kritik haben sich die LehrerkollegInnen an den NMS nicht verdient. Sie haben in den letzten Jahren viel zusätzliche Arbeit in die Umstellung investiert, neue Methoden angewandt und sich in der inneren Differenzierung versucht. Dass dabei die Leistungen in der Mittelschule nicht viel besser sind als in der Hauptschule, war für mich wenig überraschend, trotz der zusätzlichen sechs Stunden fürs Teamteaching, die notwendig geworden sind, weil die Leistungsgruppen abgeschafft wurden.

Dafür gibt es ein mehr an Zufriedenheit der Schüler mit der Lern- und Schulkultur, und den LehrerInnen wird mehr Engagement zugeschrieben. Die Abschaffung der

„Die Abschaffung der dritten Leistungsgruppe war notwendig.“

3. Leistungsgruppe, in der es eine Häufung der schwierigen und leistungsschwachen SchülerInnen gab, finde ich weiterhin positiv. Die neue Regelung, wonach in speziellen Gruppen die leistungsstarken Kinder gefordert werden können, ist ein richtiger Schritt zur besseren Differenzierung.

Die Leistung würde sich dann verbessern, wenn wir auch die besseren Schüler hätten, also die Klassen pädagogisch sinnvoller zusammengesetzt wären.

LEHRPERSONEN ALS WUNDERWUZZIS

Wir sind ja schon lange keine reinen WissensvermittlerInnen mehr, sondern SchulpsychologInnen, SozialarbeiterInnen, ElternberaterInnen, FreizeitbetreuerInnen, ProjektplanerInnen und vieles mehr in einer Person. Und dann müssen wir unsere SchülerInnen auch noch dauernd bei guter Laune halten. Der Unterricht sollte Spaßig, unterhaltsam und spielerisch sein;

der Lehrer am besten ein jederzeit gut aufgelegter Entertainer. Mit der Unterhaltungsindustrie, durch die unsere Schüler tagtäglich berieselt werden, können die meisten wohl nur schwer mithalten. Das muss auch nicht so sein, denn das spätere Leben – und darauf sollten wir unsere Kinder ja vorbereiten - ist meist kein Zirkus und keine Unterhaltungsshow. Auch Lernen ist nicht immer nur Spaßig, sondern oft harte Arbeit, die Durchhaltekraft und eine hohe Frustrationsgrenze erfordert.

Und außerdem: Nicht alle LehrerInnen sind gleich, die einen sind humorvoll, die anderen ernst, die einen immer gut aufgelegt, die anderen zeigen auch mal Nerven. Und das ist auch gut so, denn auch den Umgang mit unterschiedlichen Charakteren müssen SchülerInnen lernen.

„Hau die LehrerInnen!“

Es ist ungeheuerlich, die Regierung versucht wieder einmal, auf dem Rücken der LehrerInnen Budgetprobleme zu lösen. Jetzt die Lehrpersonen für die Lohnsteuerreform und den Verzicht auf Vermögenssteuern bluten zu lassen, geht gar nicht. Wie sagte der ÖGB-Präsident Erich Foglar so schön: „Die Entlastung wird nicht von den ArbeitnehmerInnen selbst bezahlt!“ Sparpläne gelten in Österreich leider nicht für alle. Nach den Anschlägen in Paris erhielt das schwarze Innenministerium von heute auf morgen über 300 Millionen Euro für mehr Sicherheit. Wenn es allerdings um die Zukunft von Österreichs Jugend geht, rückt der schwarze Finanzminister der roten Unterrichtsministerin keinen weiteren Cent heraus. Dann ist alemannische Sparsamkeit angesagt. Wo bleibt da die mahnende Stimme unseres Kanzlers?

An die Bildungsministerin sei Folgendes gerichtet:

„Wir sind kein faules Pack!“

- Verteidigen Sie endlich die LehrerInnen in der Öffentlichkeit gegen Beleidigungen und Diffamierungen. Wir sind kein faules Pack!
- Distanzieren Sie sich klar von zusätzlichen Unterrichtsstunden!
- Sollte die Mehrheit der Regierungsmitglieder trotzdem für mehr Unterrichtsstunden sein, dann setzen sie ihr Veto im Ministerrat ein.
- Fordern Sie öffentlich vom Finanzminister mehr Geld für das Bildungsbudget!



Vergleich Dienstrecht NEU und ALT

Stand Mai 2015

Gerhard Unterkofler (Vors. der Pflichtschullehrergewerkschaft)

Ich habe hier versucht, für alle AbgängerInnen der Pädagogischen Hochschule, die ein Optionsrecht haben, eine einfache Gegenüberstellung von altem und neuem Dienstrecht zu machen. Ein genauerer und deshalb auch komplizierterer Vergleich von Alt- und Neurecht kann von unserer Homepage als Power-Point Präsentation der PflichtschullehrerInnengewerkschaft heruntergeladen werden – www.freielehrer.at

Für wen gilt das Dienstrecht NEU?

ALT	Keine Optionsmöglichkeit für Lehrpersonen, die bereits vor dem Schuljahr 2014/15 unterrichtet haben, also im Dienstverhältnis zum Bund oder Land standen.
NEU	<ul style="list-style-type: none"> • Für alle verpflichtend, die in der PädagogInnenbildung NEU ausgebildet wurden. • Wahlmöglichkeit für alle, die erstmalig zwischen September 2014 und August 2019 angestellt werden. (Ausbildung: dreijähriges Lehramt für PflichtschullehrerInnen - Bachelorausbildung mit 180 ECTS.) Der Master muss nicht nachgeholt werden!!!
Achtung:	Wer sich für das Neurecht entscheidet und bei Unterrichtsbeginn noch keinen fertigen Bachelor hat, bekommt nur 85 % des Entgeltes. Sobald der Bachelor nachgeholt ist, gibt es den vollen Bezug.

Unterrichtsverpflichtung

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • VolksschullehrerIn: 22 Stunden • MittelschullehrerIn: 21 Stunden • Sonderschullehrerin: 21/22 Stunden
NEU	<p>Für alle Lehrpersonen gleich: 22 Unterrichtsstunden + 2 Stunden für</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klassenvorstandschaft • Mentoring • Schüler- und Elternberatung • Kustodiate (Verwaltung von Lehrmittelsammlungen) • SQA (Qualitätsmanagement) • Fachkoordination • Koordination an Neuen Mittelschulen
	<p>Beispiel 1: Lehrperson ist Klassenvorstand 22 Stunden Unterricht +1 Stunde für Klassenvorstandschaft +1 Stunde für Schüler- und Elternberatung</p>
	<p>Beispiel 2: Lehrperson hat keine spezielle Funktionen 22 Stunden Unterricht +2 Stunden Schüler- und Elternberatung</p>

Jahresarbeitszeit

ALT	1776 Stunden
NEU	nicht festgelegt

**Unterrichts-
verpflichtung
pro Jahr**

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • VolksschullehrerIn: 792 Stunden • MittelschullehrerIn: 756 Stunden • SonderschullehrerIn: 756/792 Stunden
NEU	Volksschul-, Mittelschul-, PTS- und SonderschullehrerIn: 792 Stunden

**Vor- und
Nachbereitung
pro Jahr**

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • VolksschullehrerIn: 660 Stunden • MittelschullehrerIn: 630 Stunden • SonderschullehrerIn: 630/660 Stunden
NEU	nicht festgelegt

**sonstige
Tätigkeiten
pro Jahr**

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • VolksschullehrerIn: 324 Stunden • MittelschullehrerIn: 390 Stunden • SonderschullehrerIn: 324/390 Stunden
NEU	nicht festgelegt

Entgelt

ALT	verschiedene Gehaltsgruppen (VertragslehrerIn) I 2a2 (Lehramt), I 2a1 (akademische Ausbildung), I 2b1 (Matura), I 3 (keine Matura) Vorrückung alle zwei Jahre bis zur 18. Gehaltsstufe
NEU	<ul style="list-style-type: none"> • neue Gehaltsstaffel für den pädagogischer Dienst (PD) • gleiches Grundentgelt für alle PädagogInnen • höheres Einstiegsgehalt

Vordienstzeiten
(je nach Vordienstzeiten kann ein/e LehrerIn bereits auch in einer höheren Gehaltsstufe einsteigen)

ALT & NEU	<ul style="list-style-type: none"> • Präsenzdienst • Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft oder zu einem Gemeindeverband (Land, Gemeinde, öffentliche Schule oder Schule mit Öffentlichkeitsrecht, ...) im Inland, im europäischen Wirtschaftsraum, in der Schweiz und in der Türkei. • einschlägige Berufstätigkeit oder Verwaltungspraktikum; bis zu 10 Jahren anrechenbar („einschlägig“ heißt: Wenn die Berufstätigkeit eine fachliche Erfahrung vermittelt, durch die eine fachliche Einarbeitung auf dem neuen Arbeitsplatz überwiegend unterbleiben kann oder ein erheblich höherer Arbeitserfolg durch die vorhandene Routine zu erwarten ist.)
----------------------	--

Gehalts-
vorrückungen

ALT	Vorrückung alle zwei Jahre bis zur 18. Gehaltsstufe
NEU	(Verweildauer in Jahren) <ul style="list-style-type: none"> • 1. Stufe: € 2.513 (5,5/4,5/3,5 Jahre)* • 2. Stufe: € 2.863 (5 Jahre) • 3. Stufe: € 3.214 (5 Jahre) • 4. Stufe: € 3.565 (6 Jahre) • 5. Stufe: € 3.916 (6 Jahre) • 6. Stufe: € 4.267 (6 Jahre) • 7. Stufe: € 4.484 (bis zur Pension)
* 5,5 Jahre bei 180 ECTS Bachelor; 4,5 Jahre bei 240 ECTS Bachelor; 3,5 Jahre mit Master für Lehramt	

Bezahlung
Volks- und
Sonderschule
(Bruttobeträge)

Dienstjahre	Entgelt ALT (inkl. Zulage für KV)	Entgelt NEU (keine Zulage für KV)
1. - 2.	€ 2.253	€ 2.513
3. - 4.	€ 2.315	€ 2.513
5.	€ 2.376	€ 2.513
6.	€ 2.376	€ 2.863
7. - 8.	€ 2.454	€ 2.863
9. - 10.	€ 2.587	€ 2.863
11. - 12.	€ 2.736	€ 3.214
13. - 14.	€ 2.893	€ 3.214
15.	€ 3066	€ 3.214
16.	€ 3066	€ 3.565
17. - 18.	€ 3.240	€ 3.565
19. - 20.	€ 3.416	€ 3.565
21.	€ 3.592	€ 3.565
22.	€ 3.592	€ 3.916
23. - 24.	€ 3.768	€ 3.916
25. - 26.	€ 3.944	€ 3.916
27.	€ 4.115	€ 3.916
28.	€ 4.115	€ 4.267
29. - 30.	€ 4.274	€ 4.267
31. - 32.	€ 4.442	€ 4.267
33.	€ 4.613	€ 4.267
34.	€ 4.613	€ 4.484
35. bis zur Pension	€ 4.734	€ 4.484

Zulagen / Fächer-
vergütung für
VS und ASO

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenvorstand = 86 Euro (10x/Jahr) • Mehrstufenzulage: 92 Euro (14x/Jahr)
NEU	keine Fächervergütung oder Zulage für die Klassenvorstandschafft, dafür eine Abschlagstunde

Bezahlung NMS
und PTS
(Bruttobeträge)

Dienstjahre	Entgelt ALT + LDU + 1 MDL (22 statt 21 Std.)	Entgelt NEU + Fächerzulage 4 Wochenstd.	Entgelt NEU + Fächerzulage 8 Wochenstd.
1. - 2.	€ 2.337	€ 2.613	€ 2.713
3. - 4.	€ 2.402	€ 2.613	€ 2.713
5.	€ 2.465	€ 2.613	€ 2.713
6.	€ 2.465	€ 2.963	€ 3.063
7. - 8.	€ 2.546	€ 2.963	€ 3.063
9. - 10.	€ 2.684	€ 2.963	€ 3.063
11. - 12.	€ 2.839	€ 3.314	€ 3.414
13. - 14.	€ 3.002	€ 3.314	€ 3.414
15.	€ 3.182	€ 3.314	€ 3.414
16.	€ 3.182	€ 3.665	€ 3.765
17. - 18.	€ 3.362	€ 3.665	€ 3.765
19. - 20.	€ 3.545	€ 3.665	€ 3.765
21.	€ 3.728	€ 3.665	€ 3.765
22.	€ 3.728	€ 4.016	€ 4.116
23. - 24.	€ 3.911	€ 4.016	€ 4.116
25. - 26.	€ 4.094	€ 4.016	€ 4.116
27.	€ 4.272	€ 4.016	€ 4.116
28.	€ 4.272	€ 4.367	€ 4.467
29. - 30.	€ 4.437	€ 4.367	€ 4.467
31. - 32.	€ 4.611	€ 4.367	€ 4.467
33.	€ 4.783	€ 4.367	€ 4.467
34.	€ 4.783	€ 4.584	€ 4.684
35. bis zur Pension	€ 4.915	€ 4.584	€ 4.684

Zulagen / Fächer-
vergütung für
NMS und PTS

ALT	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenvorstand 86 Euro (10x/Jahr) • LDU-Zulage für leistungsdifferenzierten Unterricht in D, F, M = 65 Euro bei einer Klasse oder 81 Euro bei mehreren Klassen (14x/Jahr)
NEU	<p>NMS/PTS: keine Abgeltung für den Klassenvorstand und keine LDU ABER: Fächerzulage für M,D,F (25 Euro monatlich für jede Wochenstunde (12x/Jahr) = pensionswirksam</p> <p>Fächerzulage wird nach 14 Tagen Absenz eingestellt.</p>

Vergleich der Lebensverdienstsumme
(Berechnung der Gewerkschaft öffentlicher Dienst)

Größere Gesamtverdienstsumme in der neuen Gehaltsstaffel		
VolksschullehrerIn mit Klassenführung	nach 19 Dienstjahren	+ € 67.748
	nach 44 Dienstjahren	+ € 20.432
MittelschullehrerIn mit Klassenvorstandschaft und 6 Deutschstunden	nach 19 Dienstjahren	+ € 90.225
	nach 44 Dienstjahren	+ € 73.559

Supplierstunden

ALT	20 Stunden ohne zusätzliche Abgeltung; die Supplierstunden werden mit 1,3 % vom Bruttogehalt berechnet.
NEU	24 Stunden ohne Abgeltung, mit der 25. Stunde gibt es einen Fixbetrag von 35 Euro (bis zur 7. Gehaltsstufe besser als im Altrecht, danach schlechter).

Mehrdienstleistungen

ALT & NEU	1,3 Prozent vom Bruttogehalt MDL werden eingestellt bei: <ul style="list-style-type: none"> • Krankheit, Pflegefreistellung • Landespatron, Allerseelen • Pfingstdienstag • Ferien ab einer Dauer von sieben Tagen • im Dienstrecht NEU bei mehrtägigen Schulveranstaltungen
----------------------	---

Weitere Zulagen

	ALT	NEU
PraxisschullehrerIn	zwischen € 110 und € 305	€ 156
Schülerberatung	€ 25 bis € 305,40	€ 156
Berufsorientierung	bei 8 Klassen = 0,4 Wochenstd. (nur in Vorarlberg)	€ 156
Lerndesign NMS	keine Abgeltung	€ 156
Sonder- und Heilpädagogik	keine Abgeltung	€ 156
MentorIn	Betreuung von <ul style="list-style-type: none"> • 1 Person = € 109 • 2 Personen = € 146 • 3 Personen = € 182 	Betreuung von <ul style="list-style-type: none"> • 1 Person = € 94 • 2 Personen = € 125 • 3 Personen = € 156

Fortbildung

ALT	15 Stunden
NEU	15 Stunden in der unterrichtsfreien Zeit

Verwendungsbezeichnung

ALT	LehrerIn wird nach dem Schultyp benannt (z.B. Volksschullehrerin)
NEU	Professor oder Professorin

Weitere Änderungen

NEU	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Zeitkontos • keine Pragmatisierung • Die Hauptferien enden mit dem Montag vor Beginn des folgenden Schuljahres.
------------	---

Das neue Dienstrecht bietet für PflichtschullehrerInnen mit der dreijährigen Ausbildung eindeutig finanzielle Vorteile auch bei der Lebensverdienstsumme.

Es gibt gewisse Unsicherheitsfaktoren:

- Das neue Dienstrecht kann natürlich in den kommenden Jahren geändert werden auch zum Nachteil der KollegInnen. Das hat es aber in der Vergangenheit auch schon beim alten Dienstrecht gegeben.
- Ob die Anwesenheitspflicht in der letzten Ferienwoche voll schlagend wird, wissen wir nicht. Dann diese Zeit einfach für Vorbereitungen nutzen.
- Wie die zwei Beziehungsstunden genau geregelt werden (fixiert im Stundenplan) wissen wir noch nicht. Dazu soll es anscheinend noch einen Erlass geben. Die Beziehungsstunden können auch geblockt werden.

Sollten im Laufe der Zeit Unklarheiten auftreten, kann jederzeit die Personalvertretung oder Lehrgewerkschaft kontaktiert werden:

Gerhard Unterkofler, 0664 73 71 97 92, unterkofler.gerhard@aon.at

Gerhard bloggt:

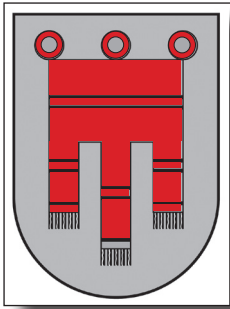
gerhardunterkofler.blogspot.com



Jetzt auch auf Facebook

Freie
LehrerInnen

FSG / Unabhängige / SLV / VLI



Gemeinsame Schule

Leistung und Chancengerechtigkeit fördern

(Quelle: Presseausendung des Landes Vorarlberg)

Am 19. Februar 2013 erging seitens der Vorarlberger Landesregierung der Auftrag zur Durchführung eines Forschungsprojekts „Schule der 10- bis 14-Jährigen“.

Im Herbst 2014 wurden die Ergebnisse einer breiten Befragung zur Schule der 10- bis 14- Jährigen präsentiert, an der 19.700 Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern teilgenommen haben. Nun liegt nach intensiven, zweijährigen Beratungen unter Einbindung vieler in mehreren Fachgruppen tagenden Expertinnen und Experten der zweite Band des Forschungsprojektes „Schule der 10-bis 14-Jährigen in Vorarlberg“ vor. In der Zusammenschau der Ergebnisse der Fachgruppen wurden von den Leitenden der Arbeitsgruppen die Empfehlungen abgeleitet.

ZIEL UND EMPFEHLUNGEN

Chancengerechtigkeit und Leistungsorientierung waren jene zwei wichtigsten Kriterien, die den vorliegenden Empfehlungen zugrunde gelegt wurden und die bei der Weiterentwicklung der Sekundarstufe I als gleichberechtigt zu betrachten sind. Ziel ist eine Schule, die allen Kindern, unabhängig von der Wohnregion und des Bildungshintergrunds des Elternhauses, gute Voraussetzungen auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn bietet und die es allen Kindern ermöglicht, ihren Fähigkeiten entsprechend hohe Leistungen zu erbringen.

Für das Bundesland Vorarlberg wird mittelfristig landesweit die schrittweise Weiterentwicklung der Sekundarstufe I hin zu einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen – auf Basis von Individualisierung und innerer Differenzierung – empfohlen. Gleichzeitig betonen die Fachleute, dass die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine baldige Umstellung auf eine gemeinsame Schule derzeit noch nicht erfüllt sind. Eine Änderung der Schulorganisation alleine stellt noch kein Garant für höhere schulische Leistungen und bessere Chancen für alle Kinder dar.

DAS FORSCHUNGSPROJEKT KOMMT ABER AUCH KLAR ZUM SCHLUSS, DASS DAS ZWEIGLIEDRIGE SYSTEM NICHT MEHR ZUR SCHULREALITÄT PASST.

Das Forschungsprojekt „Schule der 10 – bis 14-Jährigen in Vorarlberg“ hat eine fundierte Grundlage für die not-

wendigen politischen Entscheidungen geschaffen. Zur Überwindung eines Teils der im gegenwärtigen zweigliedrigen System erkannten Nachteile spricht vieles für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen mit innerer Differenzierung und Individualisierung.

Dazu bedarf es wesentlicher vorbereitender Maßnahmen:

- Eine Pädagogik der Individualisierung und inneren Differenzierung
- Gemeinsame Ausbildung der Lehrpersonen
- Mehr Schulautonomie
- Zusätzliche Mittel und Personal für Schulen mit besonderen Herausforderungen
- Intensivierung der Elternzusammenarbeit
- Neudefinition der Schulsprengel
- Bedarfsgerechte Finanzierung der Schulen

Vor der Einrichtung einer Schule der 10- bis 14-Jährigen mit innerer Differenzierung und Individualisierung, müssen Schritt für Schritt zahlreiche Empfehlungen umgesetzt werden – im eigenen Wirkungsbereich und auch auf Bundesebene. Vorarlberg muss wesentliche Bereiche von Schule weiterentwickeln, um die Vorteile auch tatsächlich nutzen zu können. Aber auch der Bund wird seinen Teil beitragen und - zum richtigen Zeitpunkt - die notwendigen bundespolitischen Rahmenbedingungen entsprechend zur Verfügung stellen müssen. Für die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahmen wird es Zeit und systematische Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten brauchen, d.h. zumindest acht bis zehn Jahre, die intensiv genutzt werden müssen, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen sind Lehrpersonen, die bereit sind, pädagogische Konzepte umzusetzen, die alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen gleichermaßen fördern und auch fordern.

NOTWENDIGE SCHRITTE BIS ZUR REALISIERUNG DER GEMEINSAMEN SCHULE

- Erstellung eines Zeitplanes in einem ersten Schritt
- Ausarbeitung eines pädagogischen Konzepts, das einen Schwerpunkt bei einer Pädagogik der Individualisierung und der Nutzung des autonomen Rahmens der Schulen setzt
- Ausbau der Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen in einem Fach, Unterstützung sprach-

schwächerer Kinder mit nicht deutschsprachigem Hintergrund

- Ab dem Frühjahr 2016 wird die Pädagogische Hochschule Vorarlberg einen Schwerpunkt auf Individualisierung in der Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen setzen.
- Der Ausbau von Unterstützungssystemen durch Personal mit Kompetenzen im psychosozialen Bereich wird angestrebt. Ziel ist eine Entlastung der pädagogischen Mitarbeiter/innen und damit eine stärkere Konzentration der Lehrpersonen auf den Unterricht.
- Das Land Vorarlberg fordert den Bund auf, Schulen der Sekundarstufe I mit besonderen Herausforderungen gezielt über eine indexbasierte Finanzierung zu unterstützen.
- Nicht zuletzt braucht es umfangreiche Änderungen

und Anpassungen von Bundesgesetzen. Erforderliche Gesetzesänderungen betreffen insbesondere die Verfassung und wesentliche Bundesgesetze im Schulbereich.

- Stärkung der Schulautonomie

Eine Umstellung auf eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen kann erst dann erfolgreich sein, wenn die pädagogischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erfüllt sind.

Weitere Infos zum Thema „Gemeinsame Schule in Vorarlberg“ finden Sie auf unserer Homepage: www.freielehrer.at

Abschaffung der Zweiklassenausbildung

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Die Pflichtschullehrergewerkschaft in Vorarlberg hat sich schon vor fünf Jahren einstimmig zur Gesamtschule mit innerer Differenzierung bekannt. Auch die Mitglieder der Freien LehrerInnen, größte Pflichtschullehrergruppe in Vorarlberg, sind seit ihrer Gründung für die Gesamtschule. Die jetzige Wende in der Vorarlberger Schulpolitik ist deshalb sehr erfreulich. Außerdem: Das neue Dienstrecht und die neue Lehrerausbildung auf universitärem Niveau sind eine gute Vorleistung zur Gemeinsamen Schule.

Einziges Wehmutstropfen ist die lange Einführungszeit von acht bis zehn Jahren. Wenn dadurch allerdings die Einführung perfekt vorbereitet wird und ein Hüh und Hott wie bei der Mittelschule verhindert werden kann, passt es.

ENDE DER ZWEIKLASSENAUSBILDUNG

Wir leben in einer Zeit, in der überall von Inklusion gesprochen wird, da kann es doch wirklich nicht sein, dass sich die AHS-Unterstufen mit ihren guten Schülern weiterhin absondern. Die frühe Trennung führt außerdem zur Benachteiligung von Schülern aus bildungsfernen Familien bzw. mit Migrationshintergrund. Die MittelschullehrerInnen, die tagtäglich den Unterricht in heterogenen Gruppen gewöhnt sind, heißen die Kinder der AHS-Unterstufe herzlich willkommen.

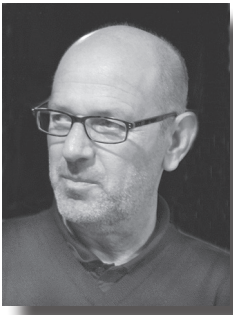
Mit dem Zusammenführen der Schüler aus der AHS-Unterstufe und der Mittelschule wird es endlich eine pädagogisch sinnvolle Durchmischung der Klassen geben, die für das Lernklima äußerst positiv ist.

Die gemeinsame Schule ist aber auch eine solidarische Schule, da sich dort alle Gesellschaftsschichten in einer Klasse wiederfinden. Damit ist die Abschaffung der Zweiklassenausbildung eingeläutet.

PRAXISNAHE DIFFERENZIERUNG

Wir sollten jetzt die letzten Zweifler durch weitere Überzeugungsarbeit mit ins Boot holen. Es muss klar sein, dass die Gesamtschule keine Nivellierung nach unten bedeutet. Wir brauchen deshalb eine praxisnahe innere Differenzierung in den Hauptfächern. So müssen etwa leistungsstarke Schüler in speziellen Gruppen gefordert werden, um sie auf weiterführende Schulen bestens vorzubereiten.

Das konservative und unsolidarische Weltbild des Personenkomitees „Pro Gymnasium“ ist schon längst überholt. Ich empfehle den Initiatoren, sich doch einmal den Bregenzerwald anzuschauen. Dort gibt es mangels AHS-Unterstufe de facto eine Gemeinsame Schule, die bestens funktioniert und Schüler mit ausgezeichneten Leistungen hervorbringt.



Die Bildungs'spar'-Offensive der Bundesregierung

Gerhard Pušnik (gerhard.pusnik@lssr.snv.at)

„Ich habe ein Budget zu sanieren und damit basta!“ (BM Elisabeth Gehrler im Jahre 2001)
An dieser Vorgabe hat sich bis heute nichts geändert.

„Personalkostendämpfung“ und „Effizienzhebungspfad“ sind die neuen Schlagworte aus Regierungspapieren! „Uns reicht's!“ sagen die LehrerInnen am GYS in Feldkirch und haben Minsiterin Heinisch-Hosek aus Anlass ihres Besuches an der PH Vorarlberg mit einer Protest-Kundgebung und einem Pfeifkonzert begrüßt.

Der Ministerrat hat am 21. April 2015 das Volumen der Budget-Einsparungen im öffentlichen Dienst 2016-2019 beschlossen, allein im nächsten Jahr sollen 700 Millionen Euro aus der Verwaltung kommen. Doch bereits vor dem Ministerratsbeschluss gab es die medial aufbereitete Ankündigung einer 10%igen LehrerInnenarbeitszeiterhöhung, 2 Stunden mehr werdens's wohl werden, meinten Kanzler Faymann und Vizekanzler Mitterlehner unisono, in Abstimmung mit der Gewerkschaft. Die beiden haben damit die Erfahrungen der vergangenen Jahre in ihrem Sinne zusammengefasst und auf den Punkt gebracht: Egal, was sie den LehrerInnen aufbürden, von der GÖD gibt es wohl keinen nennenswerten Widerstand, Neugebauer wird wie immer „staatstragend“ agieren und kalmieren.

LehrerInnen und öffentlich Bedienstete sollen für den Verzicht der Regierungsparteien auf vermögensbezogene Steuern zahlen. Und mit ihnen alle, die auf die Qualität öffentlicher Dienste im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich angewiesen sind. Widerstand gegen Arbeitszeiterhöhung, Aufnahmestopp und Personalabbau kommt von unten. Die GÖD-Spitze wartet wieder einmal ab.

Eine um 2 Stunden höhere Lehrverpflichtung würde mehr SchülerInnen für jede Lehrerin, jeden Lehrer bedeuten, weniger Zeit für individuelle Förderung der SchülerInnen und 10.000 Dienstposten weniger. Das würde der Einsparungsvorgabe von 360 Mio € entsprechen, die LehrerInnen werden weiter belastet und sind weiter frustriert und die SchülerInnen haben überhaupt nichts davon.

ÖGB-Präsident Foglar hat in der ZIB 2 am 14. April klar gegen die restriktive Budgetpolitik und die Gegenfinanzierung der Steuerreform durch die ArbeitnehmerInnen und auf dem Rücken einzelner Berufsgruppen wie der LehrerInnen argumentiert. GÖD-Vorsitzender Neugebauer grantelte launig vor sich hin, bis Häupl dann die ganze Aufmerksamkeit mit seinem niederträchtigen Sager auf sich zog. Das war dann auch der Anlass für empörte GÖD-Aussendungen. Dabei bleib es allerdings und damit wurde auch die Rat- und Tatenlosigkeit der GÖD-Spitze angesichts der akuten Einsparungspläne der Parteifreunde in der Bundesregierung mehr als deutlich.

Nach zwei Wochen LehrerInnenbashing und Häupl-Wien-Wahlkampfgezer meldete die Presse den „Effizienzhebungspfad“ von Mitterlehners Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium (<http://131.130.59.133/goed/effizienzhebungspfad.pdf>): Die ausgegliederten, autonomen Universitäten sollen rund 300 Mio € einsparen, ein breiter Katalog von Maßnahmen wird der Entscheidung der Rektoren überantwortet, die bis Mitte Juni Sparmaßnahmen für ihre Uni konkretisieren sollen. Das von Einsparungen, effizienzsteigernden Synergien und zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnissen längst überbelastete wissenschaftliche und allgemeine Universitätspersonal soll das alles ausbaden.

UNS REICHT'S!

Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die Regierungspläne kamen bis dato nicht von der GÖD, sie wurden von betroffenen KollegInnen an Schulen gesetzt, z.B. in Lambach, in Wien, in Vöcklabruck, in Traun, in Linz





Protestaktion vor dem Gymnasium Schillerstraße

und in Feldkirch: Am 29. April, während des Besuchs von Bildungsministerin Heinisch-Hosek an der PH Vorarlberg und rechtzeitig vor der entscheidenden Ministerratssitzung organisierten die LehrerInnen des Gymnasiums Schillerstraße eine erste Protestkundgebung. Barbara Baumann, Lehrervertreterin am GYS brachte es auf den Punkt: „Wenn die Frau Bundesministerin meint, man könne über alles reden, dann sagen wir ihr: Über eine Arbeitszeiterhöhung kann man mit uns LehrerInnen nicht reden!“

Die Ministerin reagierte, anders als ihre ÖVP-Vorgängerin 2001, mit einer Gesprächseinladung, bei der sie erst zuhörte und dann erklärte: „Tatsache ist, mein Ressort ist unterdotiert. Der Vorschlag mit der 2-Stunden-Erhöhung kommt ja nicht von mir, im Moment steht das nicht auf dem Plan, das wird dann im Herbst mit der Gewerkschaft verhandelt. Ich meine aber, 2 Stunden mehr bei den Kindern zu sein, ist für jeden Lehrer/jede Lehrerin zumutbar.“

In Wien unternahmen KollegInnen der Rahlgasse am 21. April einen Bildungsspaziergang zum Bürgermeisterbüro, zum Bundeskanzleramt und zum Bildungsministerium, wo sie ihr Protestschreiben übergaben: Wir leisten an unserer Schule gute Arbeit für unsere SchülerInnen und Studierenden, wir treten für offensive Dienstrechtsverhandlungen der GÖD ein, bei denen das neue LehrerInnendienstrecht noch vor 2019 repariert werden kann, wir pfeifen auf schöne Sonntagsreden über die Wichtigkeit der Bildung – wir treten selbst und bewusst für unsere Interessen und für mehr Bildungsbudget auf!“

Im APS-Bereich gab es ein Flugblatt, in dem gegen Sparpaket und Häupl-Sager sachlich mit dem drohenden Verlust von Bildungsqualität und Arbeitsplätzen argumentiert wurde, die AHS- und BMHS-Gewerkschaftsspitze bleibt bislang tatenlos.

GÖD WARTET AB - NEUGEBAUER SONDIERT BEIM FINANZMINISTER

Anträge der Unabhängigen GewerkschafterInnen auf rasche Einberufung einer GÖD-Bundeskonferenz zur Beratung der Sparvorhaben der Regierung und zum Fassen von Vorratsbeschlüssen für Streikmaßnahmen, die im Bedarfsfall umgehend wirksam werden, blieben ohne Antwort. Ein Großteil der vorgeschlagenen Einsparungen sei undurchführbar und bringe nicht die veranschlagten Summen, eine Arbeitszeiterhöhung werde es nicht geben, und das Nichtnachbesetzen von Dienstposten sei in Zukunft nicht mehr möglich. Noch wäre nix fix und Fritz Neugebauer müsse erst noch ein klärendes Gespräch mit dem Finanzminister führen, um zu erkunden, was an all den Meldungen wirklich dran ist, dann werde er sicher eine Bundeskonferenz einberufen.

Offensive Gewerkschaftsarbeit schaut anders aus. Die KollegInnen an Schulen, Dienststellen und in ausgegliederten Betrieben zeigen, wie's geht. Vorabgesprächen mit Parteifreunden in der Bundesregierung hat es dazu nicht gebraucht.

GEHALTSERHÖHUNGEN 2016-19 ALS „STILLE RESERVE“ DES FINANZMINISTERS

Sollten die Einsparungen in den einzelnen Ressorts tatsächlich nicht den Erwartungen von Schellings „Personalkostendämpfung“ entsprechen, stehen alle Zeichen auf eine nachhaltige Personalkosten-senkung bei den anstehenden Gehaltsverhandlungen für 2016. Zu denen hält sich die GÖD mehr als bedeckt. Mit Hinweis auf die bereits beschlossenen Lohnsteuersenkungen droht ein Gehaltsabschluss deutlich unter der Inflationsrate, begleitet von einem öffentlichkeitswirksamen Beamtenbashing. Dagegen braucht es rechtzeitig gut vorbereitete und organisierte Gegenwehr.

„Mit Hinweis auf die bereits beschlossenen Lohnsteuersenkungen droht ein Gehaltsabschluss deutlich unter der Inflationsrate.“

Gerhard Pušnik ist Lehrer am Gymnasium Schillerstraße in Feldkirch, Vorsitzender des Fachausschusses der AHS-LehrerInnen in Vorarlberg (vergleichbar mit dem ZA-Vorsitzenden der APS) und Obmann der Vorarlberger LehrerInnen Initiative (VLI).



Von der Inflation der sehr guten Schulnoten

Bernd Dragosits (direktion@vswob.snv.at)

Vor einigen Jahren habe ich mit einigen SchulleiterkollegInnen einmal überlegt, was wäre, wenn alle Volksschulen landesweit in allen 4. Klassen nur lauter 1er geben würden?

Die Diskussion der letzten Wochen über die Einführung einer Aufnahmeprüfung an Gymnasien haben mich sehr betroffen gemacht. Wollen wir wirklich, dass eine Momentaufnahme, eine Tagesverfassung darüber entscheidet, ob ein Kind eine bestimmte Schulart besuchen kann oder nicht? Ich halte das für den völlig falschen Weg!

Schauen wir uns doch einmal die Ausgangssituation etwas genauer an. Was hat diese Diskussion ausgelöst?

ANALYSE

In der Stadt Dornbirn mussten 40 Kinder von den Gymnasien mangels freier Plätze abgewiesen werden, obwohl sie den geforderten Kriterien entsprochen haben. In der Analyse der Situation hat sich dann ergeben, dass einzelne Schulstandorte auffallend viele Zeugnisse mit lauter 1ern vergeben haben. Die Begründung war, dass die Lehrpersonen von den Eltern so unter Druck gesetzt werden, dass sie resignieren und die Einsen sozusagen „herschicken“, um Problemen aus dem Weg zu gehen.

ANMERKUNG

Als Direktor muss ich dazu folgende Anmerkungen machen: es gibt einen Lehrplan und eine Leistungsbeurteilungsverordnung. Beides ist für alle LehrerInnen bindend.

Lehrplan und Leistungsbeurteilungsverordnung sind für alle LehrerInnen bindend.

In diesem Rahmen müssen wir uns bewegen, das ist unsere gesetzlich vorgegebene Basis. Ich kann nicht willkürlich darüber entscheiden, ob ich mich daran halte

oder nicht – dieser Rahmen stellt die Basis meines Dienstvertrags, meines Unterrichtsauftrags dar.

Um LehrerInnen nicht im Regen stehen zu lassen, braucht es eine standortspezifische (im Idealfall für alle Schulstandorte einer Gemeinde/Stadt) verbind-

liche Vorgehensweise.

Abgesehen davon kann man doch nicht über alle Schulstandorte eine „Haudrauf-Lösung“ stülpen! Wir wissen alle, dass es hauptsächlich um die städtischen Schulstandorte geht.

MÖGLICHER LÖSUNGSANSATZ

1. Dienstbesprechung aller Lehrpersonen über den Umgang mit
 - Benotung
 - Schularbeiten
 - Tests
 - Zeugnissen (Ziffernnoten/alternative Leistungsbeurteilung)
 - Was tun bei „Noteneinsprüchen“?
 - Was tun bei Interventionen von Eltern?
 - o Rolle der Lehrperson
 - o Rolle der Schulleitung
 - o Rolle der PSI
2. Ausarbeitung eines für alle verbindlichen schulinternen Konzeptes (auf Basis der gesetzlichen Vorgaben!) und eines Krisenplanes (Was tun wir, wenn ...?), um im Lehrkörper Klarheit zu schaffen und dies dann auch nach außen zu kommunizieren.

Nur wenn Eltern wissen, dass eine ungerechtfertigte Intervention nicht zum Erfolg führt und wenn Lehrpersonen wissen, dass die Schulleitung samt InspektorInnen zu ihnen steht, dann kann das funktionieren.

Sollten wir neben dieser rechtlichen Diskussion – die sicher absolut notwendig ist – nicht viel offensiver darüber diskutieren, wie wir die Selektion, die 2-Klassengesellschaft im Bildungswesen aufweichen können? Die jetzige Situation wird zusehends schwieriger und macht aus Partnern (Eltern und Lehrpersonen) am Ende der Volksschulzeit Gegner – das kann doch niemand wirklich wollen!

Daher warte ich mit Spannung auf die Endergebnisse der landesweiten Studie, die die PH Feldkirch im Auftrag des Landes durchgeführt hat und vor allem auf die Konsequenzen, die daraus gezogen werden!



Querbeet

Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

ANMELDEZAHLEN AN DER PH VORARLBERG

Ende Mai traten 105 Personen zur Eignungstestung für die neue Ausbildung der PrimarlehrerInnen an der PH Vorarlberg an, das sind deutlich weniger Interessierte als im Vorjahr. Es werden allerdings nur etwa 90 Studenten aufgenommen.

Für das Studium zum Mittelschullehrer oder zur Mittelschullehrerin (letztmalig in der alten dreijährigen Ausbildung) haben sich 87 Personen angemeldet, das sind über 30 Personen weniger als im Vorjahr. Da sowohl bei der alten Ausbildung wie auch bei der neuen Ausbildung ein Rückgang feststellbar ist, dürfte der Grund des geringeren Interesses wohl in der häufigen negativen öffentlichen Diskussion über den Lehrerberuf gewesen sein.

Bis Herbst sind Anmeldungen noch möglich.

Das neue Bachelorstudium im Bereich der Primarstufe im Entwicklungsverbund West zielt auf eine professions- und wissenschaftsorientierte Ausbildung in den für die Berufsausübung notwendigen Kompetenzen ab. Das Bachelorstudium (240 EC) schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Education (BEd) ab und berechtigt die AbsolventInnen zur Belegung des weiterführenden Masterstudiums im Bereich der Primarstufe.

Das Masterstudium (60 EC) führt zur Erlangung eines Lehramtes im Bereich der Primarstufe und berechtigt zum Unterricht an Volksschulen.

- ein/e Mittelschul- und Volksschulleiter/in
- Vorsitzender des ZA der PflichtschullehrerInnen für Vorarlberg

Die BewerberInnen werden zuerst vom Schulforum und dem Dienststellenausschuss zum Hearing eingeladen. Anschließend findet das Hearing vor der Objektivierungskommission statt, die für ihre Empfehlung an das Kollegium des Landesschulrates folgende Kriterien heranzieht:

- berufsbiografische Daten
- strukturelles Interview vor der Objektivierungskommission
- Empfehlung des Dienststellenausschusses
- Empfehlung des Schulforums

Anschließend tritt noch das Kollegium des Landesschulrates zusammen, welches seine Empfehlung der Landesregierung weiterleitet, die schlussendlich entscheidet.

HOHES BURNOUT-RISIKO BEI LEHRERINNEN

Der schulische Erfolg unserer Kinder beginnt mit guten PädagogInnen und einem exzellenten Bildungssystem, das bestätigen zahlreiche Untersuchungen. Derzeit arbeiten die meisten PädagogInnen mit großem Einsatz unter schwierigen Bedingungen.

Das Ergebnis einer Studie der Lehrgewerkschaft bestätigt, dass rund sechs Prozent der Vorarlberger Pflichtschullehrer Gefahr laufen, an einem Burnout zu erkranken. Der Vorsitzende der Pflichtschullehrergewerkschaft Gerhard Unterkofler sieht vielfältige Gründe für das Ausbrennen seiner KollegInnen. Aufgrund der gesellschaftlichen und familiären Veränderungen sind Lehrpersonen immer häufiger Sozialarbeiter, Familienberater, Psychologen und Wissensvermittler in einer Person. Das belastet, führt zu Stress und vermehrtem Burnout. Außerdem gebe es wegen des LehrerInnenmangels kaum mehr die Möglichkeit, dass ein Sabbatical oder eine unbezahlte Karenzierung bewilligt werde.

Die Erkenntnis, dass LehrerInnen ab einem Alter von 55 Jahren besonders Burnout-gefährdet sind, kann Unterkofler nur bestätigen. Auch der Rechnungshof hat unlängst auf die besondere Belastung älterer

LEITERBESTELLUNG NEU

**„Neu bei der
Leiterbestellung - die Objektivierungskommission.“**

Seit die Bezirksschulräte abgeschafft sind, gibt es auch bei der Leiterbestellung eine kleine Veränderung. Das Hearing vor dem Bezirksschulrat wurde

durch ein Hearing vor der Objektivierungskommission ersetzt, die es auch für die Leiterbestellung für Bundesschulen gibt. Diese Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern:

- Evelyn Marte-Stefani (Direktorin des Landesschulrates für Vorarlberg)
- Andreas Meusburger (Leiter der Schulabteilung IIa)
- zuständige/r Pflichtschulinspektor/in

„Rechnungshof schlägt niedrigere Lehrverpflichtung für ältere Lehrpersonen vor.“

LehrerInnen hingegen und eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung für ältere Lehrpersonen vorgeschlagen.

Stress haben die KollegInnen aber auch, weil wir leider in einer Zeit leben, in der manche Eltern glauben, die Lehrerschaft durch die Drohung mit Medien und Anwälten unter Druck setzen zu können. Außerdem ist es höchst an der Zeit mit dem LehrerInnenbashing in der Öffentlichkeit aufzuhören. Es ist die Aufgabe von Bund und Land eine positive Imagekampagne für die Lehrerschaft zu starten. Denn eines sollte unserer Gesellschaft klar sein: Die Arbeit von motivierten PädagogInnen kann nicht hoch genug gewürdigt werden, schließlich sind sie die wahren Experten im Bildungsbereich.

HARALD WALSER IM INTERNET

Auf seinem Blog schrieb der grüne Nationalratsabgeordnete Harald Walser kürzlich interessante Zeilen zur Bildungspolitik in Österreich:

„Auch wenn in der gestrigen Sitzung des Nationalrats rotschwarzes Händchenhalten angesagt war, ist nicht zu überhören, dass sich die ÖVP auf Bildungsministerin Heinisch-Hosek eingeschossen hat. Generalsekretär Blümel und Harald Mahrer verlangten einen Kassa-sturz bis Ende Februar und befanden, Heinisch-Hosek hätte ihr Ressort nicht im Griff. Die Kritik und Ungeduld wären ja irgendwie nachvollziehbar, wenn die ÖVP in den letzten Jahren und Monaten auch nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht hätte, der dazu angetan wäre, die österreichische Bildung aus der Misere zu hieven.“

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass das Bildungsressort in schweren Finanznöten steckt. Geschätzter Fehlbetrag für dieses Jahr: 300 Millionen Euro – mindestens!

Finanzminister Schelling zaubert zwar locker denselben Betrag fürs schwarze Innenministerium aus der Staatskasse, der Bildungsministerin erteilt er jedoch eine rüde Abfuhr.

Fakt ist, dass Heinisch-Hosek budgetär fast kein Spielraum bleibt, zumindest nicht in dem Ausmaß, wie er notwendig wäre, um die laufenden Kosten auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Daran trägt die

ÖVP aufgrund ihrer jahrelangen Reformverweigerung ein großes Maß an Mitschuld. Und wenn ich dann noch lese, dass das seit ewigen Zeiten ÖVP-geführte Finanzministerium bei der Renovierung seines eigenen Hauses um schlappe 93 Prozent über dem eigenen Kostenvoranschlag liegt – und das macht fast 70 Millionen Euro aus! – dann platzt mir endgültig der Kragen. Für meine Benennung dieses Vorganges als „heuchlerisch!“ habe ich von Nationalratspräsidentin Bures einen Ordnungsruf erhalten. Aber selten habe ich einen Ordnungsruf mit mehr Gleichmut hingenommen als jenen.“

KETTENVERTRÄGE

JunglehrerInnen erhalten in Vorarlberg im ersten Dienstjahr einen befristeten und dann im zweiten Unterrichtsjahr einen unbefristeten Vertrag. Das funktioniert bei fast allen KollegInnen problemlos. Schwierigkeiten gibt es allerdings bei jenen Lehrpersonen, bei denen LeiterInnen oder PflichtschulinspektorInnen mit dem Unterricht nicht zufrieden sind. Logisch wäre dann, jenen LehrerInnen trotzdem eine zweite Chance zu geben und sie ein weiteres Jahr mit einem befristeten Dienstvertrag anzustellen. Doch leider ist dies laut Schulabteilung nicht möglich. Denn zwei befristete Dienstverträge hintereinander werden als Kettenverträge betrachtet, die die Kündigungsschranken eines unbefristeten Vertrages aushebeln. Zwischen zwei befristeten Verträgen müsse etwa ein halbes Jahr liegen. Eine nicht befriedigende Situation. Entweder der Kollege erhält auf gut Glück einen unbefristeten Vertrag, oder er wird für ein halbes oder ganzes Jahr nicht angestellt. Ein Jahr später kann er dann nochmals einen befristeten Vertrag erhalten.

„Kettenverträge sind wegen Aufhebung der Kündigungsschranken nicht erlaubt.“

Auch für PersonalvertreterInnen ist dies eine unbefriedigende Situation, da natürlich auch die Personalvertretung daran interessiert ist, nur Lehrpersonen mit einem sicheren Vertrag auszustatten, die für diesen Beruf geeignet sind. Andererseits hat jede Person auch eine zweite Chance verdient. Die Personalvertretung ist bestrebt, zusammen mit der Schulabteilung eine Lösung zu finden.



Von der Kunst des aufrechten Ganges

Bernd Dragosits (direktion@vswob.snv.at)

Lehrer zu sein ist oft eine zwiespältige Sache. Einerseits ist es (immer noch) mein Traumberuf, andererseits bin ich es leid, mir dauernd Verunglimpfungen anzuhören und mich für mein Dienstrecht und meinen Dienstvertrag rechtfertigen zu müssen.

Eine halbherzige Bildungsreform jagt die andere, jeder selbsternannte Bildungsexperte wird in der „Kronzeitung“ und im „Kurier“ auf Doppelseiten für seine praxisfernen Expertisen gefeiert und das Lehrerbashing feiert fröhliche Urständ - so kenne ich das als Pädagoge leider seit Jahren.

Die Forderung, welche nun wieder einmal aus der Versenkung geholt wurde, die Lehrverpflichtung aller LehrerInnen um 2 Wochenstunden (ohne finanzielle Abgeltung!) anzuheben, ist eine populistische Lösung für die finanziellen Probleme, in die uns unfähige Politiker (Hypo-Desaster) hineinmanövriert haben.

Den Vogel in dieser Diskussion hat aber der Wiener Bürgermeister Häupl abgeschossen. Im Buhlen um Wählerstimmen wird keine Rücksicht genommen und da kommen die Lehrer – wie so oft – gerade recht.

Im vollen Wissen über den inhaltlichen Unsinn und die Respektlosigkeit seines Sagers („Wenn ich 22 Stunden arbeite, kann ich am Dienstagmittag heimgehen. Dann bin ich fertig!), macht er sich zum Sprachrohr des Stammtisches und bedient niedrigste Instinkte. Er weiß natürlich genau, dass die LehrerInnen erhalten sollen, die Steuerreform und den Abbau der angehäuften Schuldenberge mitzufinanzieren und wir von 16 unbezahlten Stunden Mehrarbeit im Monat für jede Lehrperson sprechen.

Warum die LehrerInnen einen großen Teil der Schulden, die das Hypo-Debakel produziert hat, finanzieren und damit als ausgewählte Berufsgruppe von der vielgerühmten Steuerreform keinen müden Cent sehen sollen, das muss mir erst einmal jemand erklären!



FAZIT

Wo ist die Wertschätzung für unsere immer schwieriger werdende Arbeit?

Wo ist die Sorgfaltspflicht unseres Dienstgebers uns gegenüber, um uns vor Überlastung und Burnout zu schützen?

Wo ist das Unterstützungspersonal, welches wir so dringend brauchen würden? (Sozialpädagogen für nachgehende Elternarbeit, ausreichend Beratungslehrer und Schulpsychologen, Förderlehrpersonen, Lehrpersonen für Teamteaching, ...).

Sollte die Bundesregierung im Herbst die Idee der Erhöhung der Lehrverpflichtung um 2 Wochenstunden ohne finanzielle Abgeltung erneut thematisieren, dann müssen wir uns mit dem nötigen Selbstvertrauen hinstellen und uns gegen die daraus resultierende finanzielle Schlechterstellung und Mehrbelastung wehren!

Im Angesicht der stetig anwachsenden Aufgaben, die Schulen (und damit wir Lehrpersonen) heute erfüllen sollen und müssen, ist der Moment gekommen, NEIN zu sagen zu Mehrbelastung und finanziellen Verlusten. Gemeinsam und über alle Schultypengrenzen hinweg!

POST SCRIPTUM

Der Fairness halber sei angemerkt, dass in Vorarlberg die Landesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat und vor 2 Jahren dem Grundansinnen der Initiative „Volksschulen in den Fokus“ entsprochen hat. Vorarlberg finanziert seitdem aus seinem Landesbudget Kontingenzstunden zum freien Einsatz an Volksschulen. Es werden seither auch Sekretariatsstunden für die Schulleitungen bereitgestellt. Davon können andere Bundesländer nur träumen!



Eine Bildungsreform ist weit mehr als eine 2-Stunden-Diskussion

MMag. Dr. Thomas Bulant (Vorsitzender der FSG-PflichtschullehrerInnen)

Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek hat vor kurzem in einem Interview gesagt: „Es ist heute schwieriger zu revoltieren. Das ist ein Geniestreich des Kapitalismus.“ In der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter/-innen, eingebettet in die gesamte Gewerkschaftsbewegung, sind wir jedoch davon überzeugt, gegen die neoliberalen Tendenzen in allen österreichischen Parteien, Reformen stets mit Kürzungen zu verbinden, aufbegehren zu müssen. Wer eine Reform nur dann als effizient anerkennt, wenn sie einem Budgetleitpfad dient, hat sich die Option von längerfristigen Perspektiven verbaut. Im Zusammenhang mit der wieder aufkeimenden, im Boulevards teilweise geschmacklos geführten Diskussion über die Arbeitszeit von Lehrer/-innen habe ich deshalb heuer anlässlich des 1. Mais einen offenen Brief an den Bundeskanzler verfasst:

Am Anfang der Sozialdemokratie standen Visionen: „Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen, dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen, dass unsere Kinder in den Schulen lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen.“ Neben der sozialen Gerechtigkeit stellen Sozialdemokraten die Fragen der Bildung stets ins Zentrum ihrer Politik. Lehrerinnen und Lehrer sind dabei natürliche Verbündete, wenn es darum geht, mittels pädagogischer Maßnahmen zu einer gerechteren Gesellschaft beizutragen. Sie sind die Brückenbauer in die Zukunft.

Wie können Sie es daher zulassen, dass über den Boulevards die Arbeitsleistung von Lehrerinnen und Lehrern in Frage gestellt wird anstatt sich selbst ein Bild über die Herausforderungen, die Arbeitsbedingungen und das Engagement in den Schulen zu machen? Wie können Sie es zulassen, dass Lehrerinnen und Lehrer von der Regierung dieser Republik nicht jene Unterstützung und Motivation erhalten, die sich die Jugend dieses Landes verdient hat? Wie können Sie es zulassen, dass die immer wieder kehrende Diskussion um eine Erhöhung der Unterrichtszeit junge Menschen im Lehrberuf in Gefahr bringt ihren Arbeitsplatz zu verlieren?

Wenn wir die Vision einer gerechteren Welt miteinander teilen, dann muss die Diskreditierung jener, die unserer jungen Generation die Wege in die Zukunft bereiten sollen, ein Ende haben! Daher appelliere ich am Feiertag der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer dieses Landes an Sie, schließen Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern ein Bündnis zugunsten der jungen Generation! Auf dem Rücken der Schule lässt sich kein Budget sanieren, mit den Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam können Sie jedoch Zukunft gestalten.

Es ist kurzsichtig, Lehrer/-innen wieder einmal eine Mitfinanzierung des Budgets abpressen zu wollen und ihre Motivation über den klassischen Unterricht hinaus aufs Spiel zu setzen. Unser Schulsystem lebt vom Engagement seiner Pädagogen. Jede Dienstrechtsdiskussion müsste von nachfolgendem Grundsatz angeleitet sein: Lehrer/-innen sind mehr als ein Kostenfaktor. Sie schaffen täglich Zukunft.

Die FSG wird mit folgenden Standpunkten in den Autonomie- und Lehrverpflichtungsfragen dagegenhalten:

- 1) In autonomen Schulen erhalten Leiter/-innen und die Schulpartner organisatorische und pädagogische Handlungsfreiheiten.
- 2) Diese Handlungsspielräume werden aufgrund einer gesetzlich durch Indikatoren fixierten und transparenten Ressourcenzuteilung von einer Bundeseinrichtung direkt an die Schule ermöglicht.
- 3) Eine Verwaltungsreform muss ein Anforderungsprofil für Schulleiter/-innen ergeben, wonach die Pädagogik infolge einer Auslagerung der bürokratischen Administration wieder im Zentrum steht.
- 4) 22 Stunden Unterrichtsverpflichtung sind aufgrund der heterogenen Herausforderungen des Schulalltages genug!

Gemeinsam mit dem ÖGB werden wir Reformen andenken, die diesen Namen auch verdienen, denn nur eine Verschiebung des Absolutismus vom Minoritenplatz in die Landeshauptstädte erzeugt noch

keine autonomen Schulen und zwei Stunden mehr Unterricht pro Lehrkraft sind keine Bildungsreform, sondern eine zu bekämpfende Gegenfinanzierung der Steuerreform, wie ÖGB-Präsident Erich Foglar in letzter Zeit immer wieder betont hat.

„Die Verschiebung des Absolutismus vom Minoritenplatz in die Landeshauptstädte erzeugt noch keine autonomen Schulen“



LehrerInnen - Klientel zweiter Klasse?

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

DIE ÖVP UND DIE LEHRERINNEN

VÖLLIG UNNÖTIG!

Kein Zweifel, die Wortmeldung von BM Häupl zu den kolportierten zwei Stunden Arbeitszeitverlängerung waren schlicht und einfach eine Zumutung. Auch ist es völlig inakzeptabel, dass unter SPÖ-Bildungsministerinnen in unregelmäßigen, aber immer kürzer werdenden Abständen den LehrerInnen mitgeteilt wird, sie müssten in Zukunft mehr arbeiten – zum Gaudium von „Krone“, „Österreich“ u. a. Sehr leicht könnte der Verdacht aufkommen, dass so eine tiefer greifendere Diskussion über die Probleme im österreichischen Bildungswesen verhindert werden soll. Diese sind in den „Schulnotizen“ immer wieder zur Sprache gekommen.

Tatsache ist aber auch, dass es einen beinahe schon chronischen budgetären Engpass im Bildungsbereich gibt, verursacht durch ÖVP-Finanzminister, die allen Ernstes meinen, man könne die steigenden Anforderungen an unser Bildungssystem mit Ressourcenkürzungen (z. B. im Bereich der Mittelschule) begegnen. Wir kennen die ÖVP auch anders.

„Mit uns nicht!“, „keine zusätzlichen Steuern!“, „Keine Belastung der Leistungsträger!“ und ähnliche Parolen wurden von der ÖVP ausgegeben, um die Milliardensabgabe zu verhindern. Regelmäßig treten ihre Funktionäre auf, um ein gerechteres Steuersystem zu verhindern, das auch den Reichen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unserer Ausgaben abverlangt. Kein Zweifel, die Millionäre können sich auf die ÖVP verlassen, sie setzt sich schließlich für ihre Klientel ein. Der Finanzminister hatte auch kein Problem, der schwarzen Innenministerin ca. 300 Millionen für das Sicherheitspaket zuzuschießen.

Traditionell gelten – zumindest auf Bundesebene – die Beamten und LehrerInnen ebenfalls als ÖVP-Klientel. Wer sich allerdings erwartet hat, dass die ÖVP mit vergleichbarer Vehemenz die Arbeitszeitverlängerung der LehrerInnen oder die Einsparungen bei den Beamten ablehnt, der hat sich getäuscht.

Da haben die Vorarlberger LehrerInnen offenbar ein gutes Gespür bewiesen, dass sie bei den letzten PV-Wahlen keiner der ÖVP-nahen Listen zur Mehrheit verholfen haben. Na ja, wer möchte schon zur Klientel zweiter Klasse gehören?

VolksschülerInnen mit lauter „Sehr gut“ im Halbjahrszeugnis finden in den Dornbirner Gymnasien keine Aufnahme. Der Landesschulrat muss vermitteln. Er findet eine Lösung in Zusammenarbeit mit den Brengener Gymnasien – vermutlich auf Kosten anderer.

Es ist eine unendliche Geschichte. Jährlich wiederholt sich für VolksschülerInnen und ihre Eltern die entwürdigende Prozedur des Übertritts in die Sekundarstufe I. Trotz guter Zeugnisse werden sie abgelehnt, müssen auf die zweite Aufnahmephase hoffen und landen schließlich enttäuscht an der – oft nur von den Eltern – abgelehnten Mittelschule. Im Bewusstsein, in den Augen ihrer Eltern versagt zu haben, sollten sie nun voll motiviert in der neuen Schule reüssieren.

Erstaunlich ist die Reaktion der Schulbehörde. Statt klarzumachen, dass es solche Fälle immer geben wird, solange wir uns aus Prestige Gründen, zur Absicherung von Privilegien oder/und als Nachweis der Funktionstüchtigkeit einer Parteispitze eine zweigliedrige Sekundarstufe I leisten, wird eine Arbeitsgruppe aus AHS- und VS-DirektorenInnen gebildet, die neue Aufnahmekriterien erarbeiten soll. MittelschuldirektorInnen braucht es in dieser Arbeitsgruppe nicht. Ihnen bleibt wenigstens ihre wertvolle Zeit für Arbeit, die Sinn macht.

Interessant zu beobachten war die Reaktion eines Elternvertreters auf die offenbar sehr unterschiedlichen Noten der Schüler aus den verschiedenen Volksschulen. Man kann schon erahnen, wie das in Zukunft an der Schule ablaufen wird, in der nur ca. 20% der SchülerInnen im Halbjahrszeugnis lauter „Sehr gut“ haben. Hoffentlich ist es in absehbarer Zeit nicht so wie an einer anderen Volksschule, an der dem Vernehmen nach die LehrerInnen am liebsten gar keine dritte oder vierte Klasse mehr unterrichten wollen, weil der Druck auf sie dermaßen groß geworden ist.

Bleibt zu hoffen, dass in einer Modellregion Vorarlberg dieser Murks beseitigt wird.



Sie fördern
unsere Kinder.

Wir fördern Sie.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen
1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at

